

Newsletter 24. Mai 2006

Inhalt:

1. "Aktion Volksabstimmung!" im Bundestag
2. Bundestagsabgeordnete antworten
3. Jahrestagung "Demokratie entwickeln!" von 23. bis 25. Juni
4. Berlin: Volksentscheid über die Volksabstimmung am 17. September
5. Bremen: Etappenziel für neues Wahlrecht erreicht
6. Weitere Volksbegehren
7. Praktikum

1. "Aktion Volksabstimmung!" im Bundestag

Am 11. Mai debattierte der Bundestag in erster Lesung über drei Gesetzentwürfe der Oppositionsfractionen zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen. Dabei wurde die kürzlich gestartete "Aktion Volksabstimmung!" durchaus zur Kenntnis genommen. So hielt der Redner der SPD, Maik Reichel, eine Aktionskarte in die Höhe und erwähnte auch den offenen Brief des OMNIBUS, der am Tag zuvor allen Bundestagsabgeordneten zugeleitet worden war. Reichel: "Sie alle, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben vor wenigen Tagen Post von der Aktion Volksabstimmung erhalten, die sich für die Einführung von Volksabstimmungen stark macht. Die heutige Debatte wird längst nicht mehr nur auf innerparlamentarischer Ebene geführt". Diese Aussage stellt zwar eine leichte Verkennung der Tatsachen dar. Als sei das Parlament der Quellpunkt der Demokratieentwicklung und die Bürgerinnen und Bürger würden sich nun auch dafür interessieren. Doch immerhin.

In der Ausspache befürworteten alle Redner bis auf die der Unionsfraktion mehr direkte Demokratie. So sieht der CDU-Abgeordnete Ingo Wellenreuther eine "Gefahr der weiteren Abwertung des Parlaments". Das hänge unter anderem mit der gestiegenen Neigung zusammen, politische Debatten in Talkshows anstatt im Plenum des Bundestages auszutragen. Kämen noch Plebiszite hinzu, dann wären "die großen Stunden des Parlamentes" Vergangenheit, fürchtet Wellenreuther.

Das vollständige Protokoll der Bundestagssitzung vom 11. Mai finden Sie hier:

<http://dip.bundestag.de/btp/16/16035.pdf>

Die Debatte zur Volksabstimmung finden Sie ab Seite 2950.

2. Bundestagsabgeordnete antworten

Die Aktionskarten der Aktion Volksabstimmung werden von den Bundestagsabgeordneten teilweise auch beantwortet. Dabei enthalten die Briefe von Gegnern der bundesweiten Volksabstimmung immer wieder Argumentationen, die wissenschaftlich bereits längst widerlegt sind, z.B. die Behauptung, die Weimarer Republik sei an Volksentscheiden zugrunde gegangen. Das Gegenteil ist der Fall, ja man kann sagen: Weimar ist am Fehlen der Volksabstimmung zugrundegegangen. Denn die damalige Abstimmungsregelung war mit solch hohen Hürden und Quoren versehen, daß keine einzige Initiative erfolgreich war.

Ausführlichere Argumente und Analysen zur Direkten Demokratie finden Sie in den Positionspapieren von Mehr Demokratie. Sie können diese bei uns bestellen oder aus dem Internet ausdrucken:

www.mehr-demokratie.de/positionen.html

Aktionskarten können Sie anfordern unter: www.aktion-volksabstimmung.de/132.html

Wenn Sie einen Antwortbrief eines Abgeordneten erhalten, würden wir uns freuen, wenn Sie uns eine Kopie davon zukommen lassen.

3. Jahrestagung 2006 "Demokratie entwickeln"

Von 23. bis 25. Juni findet in Eisenach, Thüringen, die Jahrestagung von Mehr Demokratie statt. Das Themenspektrum reicht von Überlegungen zu einem besseren Wahlrecht über die Demokratisierung der EU bis hin zu positiven Demokratieerfahrungen aus der Schweiz. Gastreferenten sind neben anderen *Professor Hans Herbert von Arnim* und *Rupert Neudeck*. Der weiße OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE ist mit Werner Küppers und Christine Dreher auch dabei.

Alles Weitere und Online-Anmeldung unter <http://www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html>

4. Berlin: Volksentscheid über die Volksabstimmung am 17. Mai

Die vorletzte Hürde auf dem Weg zu mehr direkter Demokratie in Berlin ist genommen. Mit den Stimmen aller Fraktionen hat das Abgeordnetenhaus am 18. Mai Vereinfachungen bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden beschlossen. Für die Bürger wird es damit leichter, sich bei politischen Sachfragen direkt einzumischen. In Kraft treten wird die Reform der Volksgesetzgebung aber erst, wenn ihr die Berliner selbst zugestimmt haben. Das Berliner Bündnis "Du entscheidest mit", das die Verhandlungen der Parteien angeregt und begleitet hatte, begrüßte die Erleichterungen der Volksgesetzgebung grundsätzlich und kündigte an, trotz einer Reihe von Vorbehalten für ein Ja bei der Volksabstimmung am 17. September zu werben. www.du-entscheidest-mit.de

5. Bremen: Etappenziel für neues Wahlrecht erreicht

Die Initiative "Mehr Demokratie beim Wählen" hat das erste Etappenziel erreicht. Knapp 7500 Unterschriften wurden gesammelt. Damit kann nun das Volksbegehren beantragt werden, das voraussichtlich von Anfang August bis Anfang November stattfinden wird. Dann müssen mindestens 50.000 gültige Unterschriften gesammelt werden, um einen Volksentscheid über ein neues Wahlrecht herbeizuführen, das dem Wähler mehr Einfluß auf die Zusammensetzung des Landesparlaments gibt. www.neues-wahlrecht.de

6. Weitere Volksbegehren

Auch in anderen Bundesländern sind Volksbegehren für die Demokratie in Vorbereitung. In Hamburg: www.rettet-den-volksentscheid.de
Baden-Württemberg: www.mehr-demokratie.de/bw.html
und Thüringen: <http://mehr-demokratie.de/thueringen/>

7. Praktikanten gesucht

Der OMNIBUS sucht Praktikanten/innen. Im Rahmen eines mindestens sechswöchigen Praktikums ist eine Mitarbeit bei den aktuellen Projekten möglich. Das Praktikum kann in unserem Berliner Büro durchgeführt werden, bei Interesse meldet Euch bei Kurt Wilhelmi, 030 - 42 80 43 90. Auch eine Mitfahrt im weißen OMNIBUS ist möglich, Fragen hierzu bitte an Brigitte Krenkers, 0831 - 57 07 689.

Der OMNIBUS-Newsletter erscheint monatlich. Falls Sie ihn nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie dies bitte einfach per email mit. Auch Rückfragen, Anregungen und Informationen bitte an: Kurt Wilhelmi, kurt.wilhelmi@omnibus.org